Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile im Amtsblattbezirk ist 20 (Familienanzeigen und Stellengesuche Mitglieder 15), auswärts 35, für die 90 mm breite Petit-Reklamezeile 50, auswärts 100, für die 20 mm breite amtl. Colonelzeile 55, auswärts 65 Goldpfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12205.
Gemeinsame Giro-Konto: Aue, Erzgeb. Nr. 75.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 31, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 16, Schwarzenberg 501. Drahtanschrift: Volksfreund Erzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für das Erscheinen der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückporto zurückgesandter Schriftstücke übernimmt die Geschäftsleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebs begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 70. Dienstag, den 24. März 1925. 78. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Im Gehöft des Gutsbesitzers **Hermann Wetzel** in **Alberoda**, Ortsl.-Nr. 57, ist die **Maul- und Klauenseuche** festgestellt worden. Das Gehöft gehört zum Sperrbezirk.

Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, den 21. März 1925.

Bezirkstag der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg

findet **Dienstag, den 31. März 1925, von vormittags 10½ Uhr ab**, im Saale des „Ratskellers" zu Schwarzenberg statt. Die Verhandlungen sind öffentlich.

Schwarzenberg, am 21. März 1925.

Der Vorsitzende des Bezirkstages. Hellig.

Auf Blatt 401 des Handelsregisters, Radiumbad Oberschlema-Schneeberg, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Oberschlema betr., ist heute eingetragen worden: Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 28. Juni 1923 ist der Gesellschaftsvertrag in den §§ 5 letzter Absatz, 7 Abs. 2, 16, 23 Satz 2, 25 Abs. 1, 29 Satz 1 und 35 abgeändert worden.

Amtsgericht Schneeberg, den 9. März 1925.

Dienstag, den 24. März 1925, vormittags 9 Uhr, sollen in Schwarzenberg-Sachsenfeld **1 Posten verschiedene Emailleiwaren** öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden. Sammelort der Bieter: Döhlers Restauration.

Schwarzenberg, den 21. März 1925.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Aue. Der unterzeichneten Berufsberatungsstelle steht eine Anzahl Mädchen zur Verfügung, die Ostern 1925 die Schule verlassen und die Absicht hegen, zur gründlichen Erlernung der Hauswirtschaft 1 Jahr in einem besseren Haushalt in die Lehre zu gehen. Zur Zeit stehen aber genügend derartige Stellen nicht zur Verfügung, so daß eine restlose Vermittlung noch nicht erfolgen konnte. Damen, die gewillt sind, Mädchen eine solche Lehre angedeihen zu lassen, bitten wir, sich mit der unterzeichneten Berufsberatungsstelle in Verbindung zu setzen.

Daselbst stehen noch für zur Entlassung kommende Knaben Lehrstellen in folgenden Berufen offen: Schlosser, Schnitt- und Stanzenbauer, Fabrik- und Bauklempner, Former, Schmiede, Stuhlbauer, Bäcker, Maurer und Schriftenmaler.

Aue, den 20. März 1925.

Arbeitsnachweis Aue und Umg. — Berufsberatungsstelle. — Stadthaus, Zimmer 24. Fernruf 720.

Schneeberg. Wahl des Reichspräsidenten.

Für die Sonntag, den 29. März 1925, stattfindende Wahl des Reichspräsidenten sind folgende Stimmbezirke gebildet worden:

1. **Stimmbezirk:** Brd.-Kat.-Nr. 1—237.
   Abstimmungsraum: Schankwirtschaft „Ratskeller", Markt.
2. **Stimmbezirk:** Brd.-Kat.-Nr. 238—323 D.
   Abstimmungsraum: Schankwirtschaft „Zur Post", Postplatz.
3. **Stimmbezirk:** Brd.-Kat.-Nr. 324—500.
   Abstimmungsraum: Schankwirtschaft „Sachsenburg", Zobelplatz.
4. **Stimmbezirk:** Brd.-Kat.-Nr. 501—700 u. 36, 37 u. 40 Abt. B.
   Abstimmungsraum: Schankwirtschaft „Centralhalle", Bahnhofstraße.

Die Wahlhandlung beginnt um 9 Uhr vormittags und endigt um 6 Uhr nachmittags. **Wohnungsveränderungen sind in den Stimmlisten nicht mit berücksichtigt, es hat deshalb jeder dort zu wählen, wo er am 7. Dezember 1924 gewählt hat.** Stimmscheine werden bis Sonnabend, den 28. März 1925, nachmittags 2 Uhr ausgestellt.

Schneeberg, den 19. März 1925. **Der Stadtrat.**

Schneeberg. Der von der Oberbehörde genehmigte 38. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Schneeberg, die Ermäßigung der Eintrittskartensteuer betr., wird hiermit verkündet. Er liegt zwei Wochen lang in der Hauptkanzlei zur Einsichtnahme aus.

Schneeberg, den 18. März 1925. **Der Stadtrat.**

Nutz- und Brennholzversteigerung. Eibenstocker Staatsforstrevier.

Im Gasthof „Carlshof" in Schönheiderhammer, Montag, den 30. März 1925, mittags ½12 Uhr:

46 fi. Stämme 28—32 cm stark, 1884 fi. Klöße 7—15 cm stark, 1396 fi. Klöße 16—22 cm stark, 781 fi. Klöße 23—48 cm stark, 3 rm Nutzscheite und 9,5 rm Nutzknüppel,

und nachmittags 1 Uhr:

104,5 rm Brennscheite, 67 rm Brennknüppel, 0,5 rm Zacken, 18,5 rm Aeste und 257 rm Brennreisig, aufbereitet in den Abt. 37, 46, 51, 62 (Kahlschläge); 34, 36, 37, 38, 46, 50, 51, 61 und 62 (Einzelhölzer)

Forstamt Eibenstock. **Forstkasse Eibenstock.**

Brennholzversteigerung. Auersberger Staatsforstrevier.

Im Gasthof „Stadt Leipzig" in Eibenstock sollen Sonnabend, den 28. März 1925, von nachmittags 4 Uhr an:

61,5 rm fi. Brennscheite, 20,5 rm bu. und 222,5 fi. Brennknüppel, 1,5 rm bu. und 1,5 rm fi. Zacken, 25,5 rm bu. und 146,5 rm fi. Brennäste, aufbereitet in den Abt. 14, 15, 24, 28 (Brüche), 18, 26, 27, 46, 66 (Durchforstungen), 66 (Kahlschlag), gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Forstamt Auersberg. **Forstkasse Eibenstock.**

Brennholzversteigerung. Breitenhofer Revier.

Donnerstag, den 26. März 1925, von nachmittags 2 Uhr an sollen im Gasthofe zum „Grünen Baum" in Breitenbrunn 70 rm **Brennscheite, 98 rm Brennknüppel, 20 rm Zacken, 30 rm Aeste, 886 rm Streureisig**, aufbereitet in Abt. 11, 19, 20, 32, 40, 46, 50, 57, 63, 64, 66, 102, 107, 108 und 124 öffentlich gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Forstamt Breitenhof.

Nutzholzversteigerung. Oberwiesenthaler Staatsforstrevier.

Montag, den 6. April 1925, im Bahnhofsrestaurant zu Annaberg, vormittags ½10 Uhr:

663 fi. Klöße 7—14 cm, 408 do. 13—15 cm, 813 do. 16—22 cm, 323 do. 23—29 cm, 114 do. 30/pp cm, 4 m lang; 14,5 rm Nutzscheite, 20,5 rm Nutzknüppel, Kahlschläge und Abräumung in Abt. 39 und 74.

Forstamt Oberwiesenthal. **Forstkasse Schwarzenberg.**

Entlarvte Wahlschwindler!

Nach dem bekannten Ausspruch Bismarcks wird niemals mehr geschwindelt als vor einer Wahl, während eines Krieges und nach einer Jagd. Was die Reichspräsidentenwahl anlangt, so trifft das Wort bestimmt zu. Die gegnerische Seite kann gegen den Präsidentschaftskandidaten Dr. Jarres an sich nicht viel vorbringen, denn er hat sich in allen seinen bisherigen Stellungen als überparteiisch erwiesen. Seine Wirksamkeit als Duisburger Oberbürgermeister, besonders während der schweren Zeit des Ruhreinbruchs, ist früher von allen Parteien und sogar von den freien Gewerkschaften als vorbildlich hingestellt worden. Nun ist es schwer, dem Manne etwas am Zeuge zu flicken. Man mußte daher zu einem ganz plumpen Mittel greifen. Man entrollte die schwarz-rot-goldene Fahne und stürzte sich mit dem Rufe: Gegen den Versackungspolitiker in den Wahlkampf. Jarres, der urdeutsche Mann, sollte die Absicht gehabt haben, Ruhr und Rhein den Franzosen auszuliefern.

Der große Schlag fällt prompt auf seine Urheber zurück. Es stellt sich nämlich heraus, daß bei der in Frage kommenden Besprechung zwischen den Parteien des besetzten Gebietes und der Reichsregierung, die am 25. Oktober 1923 in Hagen stattfand, Dr. Jarres den Standpunkt vertreten hat, Sonderverhandlungen würden zu keiner Verständigung mit Frankreich führen. Dagegen müsse nach der englischen Anregung gehandelt werden. Die britische Regierung hatte im August in einer Note an Frankreich erklärt, die Besetzung widerspräche dem Friedensvertrag und sei nicht allein eine deutsch-französische Angelegenheit. Dr. Jarres erklärte, es sei notwendig, Frankreich zu sagen, Deutschland würde ebenfalls den Friedensvertrag mit Frankreich aufheben, wenn Frankreich im Vertragsbruch beharre. So würde die Besetzungsfrage Angelegenheit der gesamten Entente. Es sei daher notwendig, um die Gebiete zu befreien, die gesamte Welt als Schiedsrichter anzurufen.

Darauf erwiderte der Führer des rheinischen Zentrums Oberbürgermeister Adenauer-Köln: dafür sei es zu spät. Er verlange für die Spitzen der Parteien die Vollmacht, mit dem Feinde zu verhandeln. Das Rheinland werde zu einer Verständigung mit Frankreich kommen, wenn es sich vom Reiche loslöse und einen besonderen Staat bilde. Und der Führer der Demokraten, Justizrat Falk-Köln, sagte darauf: er stimme im wesentlichen der Adenauerschen Forderung zu. Der Sozialist Braun, der damalige preußische Ministerpräsident, ging noch weiter, indem er erklärte, die besetzten Gebiete seien für Preußen verloren, Preußen müsse sich daher an Thüringen und Sachsen schadlos halten!

Während der Vorschlag von Jarres dahin ging, die Kraft des ganzen Reiches für die Befreiung der Westmark aufzubieten und eine große außenpolitische Aktion einzuleiten, wollten die Vertreter von Schwarz-rot-gold auf Rhein und Ruhr verzichten. Wenn es nach ihnen gegangen wäre, wären heute Rheinland und Ruhrgebiet ein Pufferstaat nach dem Plane Frankreichs.

Die Frage, wer damals Versackungspolitik getrieben hat, ist nicht schwer zu beantworten. Lügen haben immer kurze Beine, auch wenn sie heute noch so laut in den Wahlkampf hineingebrüllt werden. Ueberdies haben die sozialistischen und demokratischen Parteiführer am wenigsten Grund, anderen Vorwürfe zu machen. Der Hochverräter Hoffmann, der dem General de Metz einst die bayrische Pfalz zu Füßen legen wollte, ist immer noch Mitglied der sozialistischen Partei. Und wer hat in dem Bündnis mit der dänischen Sozialdemokratie den Raub Nordschleswigs gutgeheißen? Es war wieder die Sozialdemokratie. Die Demokraten halten heute noch ihre Hände über den berüchtigten Hrn. von Gerlach, dessen Rolle bei der Festsetzung der neuen polnischen Grenzen noch lange nicht aufgeklärt ist. An dem Zentrumsführer Marx klebt das Wort von den französischen Bataillonen, die er den Bayern einst an den Hals wünschte. Alle diese Leute haben gewiß zu allerletzt das Recht, den Wahlkampf gegen Jarres unter dem Hinweis zu führen, er wäre ein Vaterlandsverräter. Sie werden schon andere Angriffspunkte finden müssen, mit denen sie vor der Oeffentlichkeit, die sie immer noch für dümmer halten als sie ist, glänzen können. Scheinbar sind aber auf der schwarz-rot-goldenen Seite die Giftgeschosse gegen den überparteilichen Präsidentschaftskandidaten schon erschöpft. Arme Wahlschwindler!

• • •

Die Dresdner Völkischen für Jarres.

Dresden, 22. März. Heute fanden hier öffentliche Wählerversammlungen im Zoologischen Garten und im Zirkus Sarrasani für den Reichsblock und die Kandidatur Jarres statt. Beide waren überfüllt. Tausende mußten umkehren. Besonders bemerkenswert war das Bekenntnis, das der Führer der Völkischen, Dr. Gronau, im Zirkus Sarrasani für Jarres ablegte. Er erklärte u. a.: Seine Freunde verehrten General Ludendorff außerordentlich, sie schätzten seine Vaterlandsliebe und sein heißes Wollen für die deutsche Freiheit. Ludendorff sei den Deutschvölkischen Führer und Freund in den schwersten Stunden gewesen und sei noch immer die Hoffnung der Deutschvölkischen. Jetzt heiße es aber in nüchterner politischer Erwägung das tun, was allein die größten Gefahren für einen Zeitraum von sieben Jahren vom deutschen Volke abwenden könne. Die Deutschvölkischen würden nur Jarres unterstützen, weil sie in ihm einen Mann von reiner Vaterlandsliebe und starkem nationalen Willen sehen, der turmhoch über den meisten Staatsmännern des nachrevolutionären Deutschland stehe. Eine Kandidatur Ludendorff würde als solche allein nicht durchkommen. Deshalb sei der Zusammenschluß aller nationalen Kreise in diesem Falle unbedingt erforderlich.

•

Dresden, 22. März. Der Reichsbund für Aufbau und Aufwertung, der bekanntlich nach den durch die Tagespresse gegangenen Mitteilungen eine Sonderkandidatur Lobe für die Präsidentschaftswahlen aufstellen wollte, hat sich, soweit der Freistaat Sachsen in Betracht kommt, geschlossen für die Unterstützung der Kandidatur Jarres erklärt und bittet seine Mitglieder, diesem Beschlusse entsprechend, für den Kandidaten Jarres zu stimmen.

Jarres über die „Versackungspolitik".

Hamburg, 22. März. Am heutigen Sonntag sprach der Präsidentschaftskandidat des Reichsblockes, Dr. Jarres, in zwei großen öffentlichen Versammlungen. Ueber die sogen. Versackungspolitik führte Jarres das folgende aus:

„In den links stehenden Kreisen wurde damals die Auffassung vertreten, man solle dem Verlangen Poincares entsprechen und einseitig den deutschen Widerstand aufgeben in der Erwartung, daß dann die Einbruchsmächte sich aus dem unrechtmäßig besetzten Gebiete zurückziehen und den alten Zustand alsbald wieder herstellen würden. Ich habe diese Erwartung als Utopie bezeichnet. Für mich und meine Freunde war es klar, daß diese Nachgiebigkeit nicht zum Ziele führen würde, daß sie vielmehr neue und unendliche Qualen über Deutschland bringen müsse.

Dem konnte meiner Meinung nach nur durch eine starke Politik Deutschlands entgegen gewirkt werden. Die geeignete Grundlage dazu bot uns die von Deutschland leider viel zu wenig ausgewertete Curzon-Note der englischen Regierung vom August 1923, in der der Ruhreinmarsch offen als Bruch des Versailler Vertrages erklärt wurde. Unter Berufung hierauf hatten wir nach meiner Ansicht den Besatzungsmächten Frankreich und Belgien bekannt zu geben, daß wir uns, so lange diesen Mächte gegenüber von dem Friedensvertrag für entbunden halten, als nicht wieder vertrags- und völkerrechtsmäßige Zustände im besetzten Gebiet hergestellt seien.

Ich war mir klar darüber, daß dieser Schritt schwere Opfer für das besetzte und unbesetzte Gebiet bringen würde, halte aber auch heute noch das, was dann gekommen wäre, nicht für schlimmer als das, was auf dem sogen. Verständigungswege über uns gekommen ist. Diese von mir vertretene Politik hatte mit einer Preisgabe des Rheinlandes nichts zu tun. Bald darauf erwies sich leider nur zu sehr die Richtigkeit aller meiner Befürchtungen.

So peinlich es mir ist, so darf doch bei den gehässigen Angriffen, die jetzt gegen mich und meine Freunde wegen der damaligen Rheinpolitik erhoben werden, nicht weiter verschwiegen werden,

daß maßgebende Führer des rheinischen Zentrums und der rheinischen Demokratie, aus deren Kreise die Angriffe gegen mich kommen, damals in der kritischen Zeit sich nicht gescheut haben, als den einzigen noch verbleibenden Lösungsweg Verhandlungen mit dem Feinde vorzuschlagen, bei denen die Zugehörigkeit des Rheinlandes zum Lande und zum Reich preisgegeben und ein selbständiger Staat außerhalb des Reiches vertragsmäßig zugestanden werden sollte.

Ich frage angesichts dieser Sachlage, wer Versackungspolitik getrieben hat, diejenigen, die am Ende ihrer Politik nur die Möglichkeit eines vom Reiche gelösten autonomen Staates sahen, die bereit waren, in einer vielleicht menschlich verzeihlichen, aber national unverantwortlichen Schwäche um leichterer und bequemerer Gegenwartslösungen willen die nationale Zukunft unseres Volkes und der Rheinlande preiszugeben oder wir, die wir mit starker politischer Tat, wenn auch unter vorübergehenden schweren Opfern das Rheinland in seiner Staats- und Reichszugehörigkeit sichern wollten?